



WARUM TUST DU DIR DAS AN?

Er ist Quereinsteiger. Er will es wissen. **Michael Naumann** erklärt, warum er dem Politikverdross die Stirn bietet und in Hamburg als Bürgermeister kandidiert.

Beteiligung an kommunalen oder europäischen Wahlen erreichen oft genug weniger als 50 Prozent. Bei den letzten Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt ging gerade mal jeder Dritte zur Wahl. Bremen hatte am 13. Mai die tiefste Wahlbeteiligung, die es jemals gab! Die massiven Rückgänge der Mitgliedschaften in Parteien, Gewerkschaften, aber auch die weiter fortschreitenden Austritte aus den großen Kirchengemeinden sind ein Beleg für die wachsende mentale Distanz zwischen Bürgern und den traditio-

» Misstrauen der Wähler mag Politiker enervieren, aber es schadet nicht der Demokratie. «

Michael Naumann

nellen Ordnungsstrukturen der demokratischen Gesellschaft. Notrufe der politischen Klasse nach „Leitkultur“ und „Sinnstiftung“ verhallen ungehört und belegen lediglich die massenhafte Abstinentenbewegung der Bürger vom politischen Prozess in seinen tradierten Formen.

Um ein sehr schmerzhaftes Beispiel zu nennen: In den 50er und 60er Jahren zählte die Hamburger SPD rund 50 000 Mitglieder, heute sind es etwas mehr als 11 000. So genannte „Quereinsteiger“, und ich kenne da einige, die sich freiwillig in das politische Getümmel werfen, hören nicht selten die durchaus freundschaftlich gemeinte Bemerkung: „Warum tust Du Dir das an?“ Niemand würde heute einen jungen Mann, der sich zur Laufbahn eines Berufsoffiziers entscheidet, ähnlich bemitleiden.

Dieses Unbehagen am politischen Prozess manifestiert sich zum einen in der regelmäßig beschworenen „Angst“, die sich an stets neuen Ereignisschüben kristallisiert. Ereignisse wie die Nachrüstungspolitik der 80er Jahre, Tschernobyl oder die Konsequenzen von Globalisierung und Klimawandel, die zu Recht als bedrohlich empfunden werden, erzeugen diese Angst. Sie speist sich ebenso aus dem wachsenden Misstrauen gegenüber der Zukunftsfähigkeit staatlicher Daseinsfürsorge. Diese Angst ist im Augenblick besonders ausgeprägt als „Abstiegsangst“ des Mittelstandes.

Zum anderen zeigt sich die Angst in einer Komplexitätsabwehr, die ihre aktuelle Berechtigung in der Erfahrung findet, dass die staatlichen und ökonomischen Prozesse zunehmend undurchsichtiger werden.

Ich behaupte allerdings, dass es für jenes Unbehagen auch konkretere Gründe gibt und nicht alles auf die Folgen der Globalisierung geschoben werden kann. Wenn zum Beispiel die Urheber der Föderalismusreform die Wiederherstellung politischer Transparenz und Bürgernähe beschwören, dann reagieren sie auf das Desinteresse der Bürger am Prozess politischer Verwaltung. Denn der ist inzwischen so dunkel wie die nächtlichen Tagungen des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat. Und das Desinteresse hat sich erhöht in dem Maße, in dem leistungsorientierte Strategien der Wirtschafts- und Wachstumspolitik zu Leitideen von Politik schlechthin geworden sind. Wirtschaftskrisen werden darum von den Wählern als Politikkrisen wahrgenommen – und zwar schon seit Jahrzehnten.

In einer Phase, in der die Menschen den Eintritt in Volksparteien vermeiden, stehen andere Stimulanzien politischer Teilnahme zur Wahl. Soziologen sind der Ansicht, dass etwa eine Million Organisationen in Deutschland den Kern der

sogenannten „Zivilgesellschaft“ ausmachen – dazu zählen Selbsthilfegruppen, Vereine, Bürgerinitiativen, Bürgerstiftungen und Wohlfahrtsverbände.

Für Regierungen jedoch stellen Stiftungen nicht nur Ergänzungen politischer Arbeit dar, sondern sie verkörpern zugleich auch Elemente von institutionalisierter Unzufriedenheit, ja von Misstrauen gegenüber politischer Macht und der Rationalität staatlicher Entscheidung.

Bürgerliches Misstrauen ist jedoch nicht identisch mit Verdrossenheit und Abkehr vom demokratischen Prozess, sondern vielmehr ein maßgeblicher Teil des politischen Projekts „Demokratie“. Misstrauen der Wähler mag Politiker enervieren, aber es schadet nicht der Demokratie. Misstrauen, anders gesagt, ist nicht mehr passiv, sondern organisiert sich aktiv. Die engagierten Bürger wollen erreichen, dass die gewählten Repräsentanten ihre Verpflichtungen und Versprechen erfüllen. Im globalen Rahmen thematisieren diese Organisationen Fragen von Korruption, Menschenrechten, Armutsbekämpfung und Umweltproblemen. Es ist nicht übertrieben zu behaupten, dass die internationale Sensibilität für Klimawandel, Erderwärmung und Energiealternativen fast ausnahmslos privaten Initiativen zu verdanken ist.

Gesine Schwan sagt, Nicht-Regierungsorganisationen böten ein Engagement zum Anfassen, das den Sinn für Verantwortung durch konkrete, überschaubare Praxis verankere und verbreite.

Um den Bogen zurückzuschlagen zur doch eher pessimistisch gestimmten Eingangsanalyse von Politikverdrossenheit und ihren konkreten Ursachen: Sie beim Namen zu nennen, bedeutet nicht, sie hinzunehmen. Genau dafür stehen die Anzeichen vermehrten bürgerschaftlichen Engagements. Sie signalisieren nicht das Ende der Parteidemokratie, sondern erweisen sich als konkurrierende Elemente politischer Partizipation. Beiden Formen gesellschaftlicher Teilnahme, dem Engagement in Parteien oder in zivilgesellschaftlichen Formationen, gebührt Respekt. Erst eine Demokratie, in der gesellschaftliches Engagement mit nackter Verachtung betrachtet wird, ist an ihre Grenzen gelangt. Soweit ist es in Deutschland noch lange nicht. ■

Michael Naumann, 1941 geboren, ist Spitzenkandidat der Hamburger SPD zur Bürgerschaftswahl 2008. Der Journalist, Publizist, Verleger und Kulturstaatsminister a.D. ist für die Zeit seines politischen Engagements von der Mitherausgeberschaft der Wochenzeitung „Die Zeit“ beurlaubt.